

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25

"Gesamtbayerisches Medizinerkonzept - Studium in allen Regierungsbezirken ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25 vom 06.12.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/359 des WK vom 12.02.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2444 vom 05.06.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 05.06.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Christian Flisek, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild und Fraktion (SPD)**,

Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Hagen, Julika Sandt und Fraktion (FDP)

Gesamtbayerisches Medizinerkonzept – Studium in allen Regierungsbezirken ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis spätestens Ende 2019 ein Konzept zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft im Bereich des Medizinstudiums vorzulegen. In diesem Konzept soll dargestellt werden, bis wann und wo die Staatsregierung plant, die im Koalitionsvertrag angekündigte Erhöhung der Studienplätze um über 2.000 Plätze zu realisieren.

Es soll auch ein Grundsatzbeschluss für den Regierungsbezirk Niederbayern gefasst werden, für den als einzigen weder derzeitige noch künftige Studienmöglichkeiten im Fach Medizin bestehen. Hierfür wird die Staatsregierung aufgefordert, zeitnah eine Expertengruppe zu berufen, die die Voraussetzungen für die Errichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Passau und eines Universitätsklinikums, gegebenenfalls auch in Kooperation mit anderen Standorten, organisatorisch, räumlich und finanziell erarbeiten soll.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2018 bis 2023 haben die Koalitionspartner beschlossen, die Zahl der medizinischen Studienplätze um über 2.000 Studienplätze zu erhöhen. Diese wird ohne einen deutlichen Ausbau der Kapazitäten nicht möglich sein.

Im Koalitionsvertrag ist ebenfalls niedergelegt, dass die medizinische Versorgung in den ländlichen Regionen Bayerns gesichert bleibt.

Durch verschiedene Beschlüsse der letzten Jahre ist es gelungen, in fast allen Regierungsbezirken Bayerns die Möglichkeit eines Medizinstudiums zu schaffen. Neben den bestehenden Standorten in Oberbayern, der Oberpfalz, Mittelfranken und Unterfranken startet zum Wintersemester 2019/2020 der Studiengang Humanmedizin in Augsburg. Für Oberfranken soll laut Ministerratsbeschluss vom 18.09.2018 bis zum Wintersemester 2021/2022 die Errichtung eines Medizincampus in Bayreuth vorangetrieben werden. Lediglich für Niederbayern gibt es offensichtlich keine von der Staatsregierung verfolgten Konzepte.

Dies ist aus unserer Sicht umso verwunderlicher, da es für die Universität Passau bereits seit langem konkrete Forderungen und Konzepte zur Errichtung einer medizinischen Fakultät gibt, die in der Region über mehrere Parteien und auch Fachverbände hinweg positiv bewertet werden.

Die Erweiterung der Universität Passau wäre eine wichtige strukturpolitische Entscheidung, würde einen wirtschaftlichen Schub für die gesamte Region bedeuten und die Zielsetzung einer wohnortnahmen medizinischen Versorgung befördern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD), Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Hagen u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/25

Gesamtbayerisches Medizinerkonzept - Studium in allen Regierungsbezirken ermöglichen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christian Flisek**
Mitberichterstatter: **Helmut Radlmeier**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 30. Januar 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 12. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 12. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Robert Brannekämper

Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Christian Flisek, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild und Fraktion (SPD),**

Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Hagen, Julika Sandt und Fraktion (FDP)

Drs. 18/25, 18/359

Gesamtbayrisches Medizinerkonzept – Studium in allen Regierungsbezirken ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Christian Flisek

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Dr. Stephan Oetzinger

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Verena Osgyan

Abg. Kerstin Radler

Abg. Ulrich Singer

Staatsminister Bernd Sibler

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten

Horst Arnold, Christian Flisek, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD),

Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Hagen u. a. und Fraktion (FDP)

Gesamtbayerisches Medizinerkonzept - Studium in allen Regierungsbezirken ermöglichen (Drs. 18/25)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die FDP-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist Herr Kollege Christian Flisek von der SPD.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, Herr Staatsminister Sibler, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Landtagsfraktionen der SPD und der FDP wollen heute die Weichen dafür stellen, dass in Zukunft in allen bayerischen Regierungsbezirken eine staatliche Medizinerbildung möglich wird. Das Ganze erfolgt, wie ich finde, vor einem durchaus ernsten Hintergrund. Wir werden mit Sicherheit beobachten können, dass sich der Ärztemangel in ganz Bayern in den nächsten Jahren dramatisch verschärfen wird. Gerade in einigen ländlichen Regionen steht die medizinische Daseinsvorsorge bereits heute unter enormem Druck. Hausärzte gehen reihenweise in den Ruhestand und finden keine Nachfolger, ländliche Kliniken suchen händeringend nach Fachkräften. Gleichzeitig bewerben sich viele junge Menschen in Bayern an den medizinischen Fakultäten und bekommen keinen Studienplatz. Hier passt was nicht zusammen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit diesem Antrag die Weiterentwicklung der bayerischen Hochschullandschaft im Bereich des Medi-

zinstudiums vorantreiben. Wir wollen mit diesem Antrag wirklich Weichen stellen, Weichen für eine staatliche Medizinerausbildung auch in Niederbayern. Ich sage das mal so: Ich habe deswegen auch kein Verständnis dafür, wenn im Vorfeld dieses Antrags gesagt wurde, es würde sich bei einer solchen parlamentarischen Initiative um einen Schaufensterantrag handeln.

(Robert Brannekämper (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Panoramaantrag!)

Das Gegenteil ist der Fall. Diese Wortwahl ist wirklich unangebracht. Es ist vielmehr den Antragstellern zu verdanken, dass eine Thematik, die auch im Wahlkampf eine wesentliche Rolle gespielt hat und hinter der sich mittlerweile eine ganze Region parteiübergreifend versammelt, endlich auch im Landtag ankommt.

Obwohl Niederbayern der einzige Regierungsbezirk ohne staatliche Medizinerausbildung ist, gibt es vonseiten der Staatsregierung nicht einmal valide Absichtserklärungen, dies zu ändern, geschweige denn Ansätze für ein Konzept. Dabei handelt es sich um eine äußerst wichtige strukturpolitische Entscheidung. Die gute ärztliche Versorgung ist ein zentraler Standortfaktor. Gerade auch die Gesundheitsversorgung ist ein wesentlicher Beitrag, um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu schaffen.

Uns vor Ort ist klar, dass die Umsetzung eines solchen Projekts viel Zeit und eine ausführliche, fachlich fundierte Vorbereitung benötigt. Vor Ort machen wir bereits parteiübergreifend die Hausaufgaben. Der Passauer Stadtrat hat einstimmig eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bereits ihren Dienst aufgenommen hat. Die Universität Passau lässt Modelle und Chancen durch ein Marktforschungsinstitut ermitteln.

Wir vor Ort wissen aber auch alle, dass wir eine maßgeschneiderte Lösung brauchen, die sich am Ende in die bayerische Hochschul- und Wissenschaftslandschaft einfügt. Wir wollen deshalb mögliche Kooperationen mit den infrage kommenden Partnern in organisatorischer, räumlicher und finanzieller Hinsicht ausloten. Insbesondere wollen wir aber auch die Möglichkeiten der Digitalisierung voll ausschöpfen, um einen Medi-

zinstudiengang für das 21. Jahrhundert zu schaffen. Wir glauben, dass die Kompetenzen an unserer Hochschule in Deggendorf und an der Universität Passau vor Ort vorhanden sind.

Aber ohne eine aktive Einbringung der Kompetenz des Wissenschaftsrates und insbesondere ohne eine aktive Einbringung der Expertise der Fachleute aus dem Wissenschaftsministerium werden uns vor Ort unnötig Steine in den Weg gelegt. Deswegen fordern wir auch auf Landesebene die Einsetzung einer Expertenkommission, um voranzukommen.

Herr Staatsminister Sibler, Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung, dass die Zeit der wohlmeinenden Worte nun vorbei ist. Die Staatsregierung darf uns mit diesem Anspruch, mit dieser Forderung in Niederbayern nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Wir brauchen jetzt endlich klare Ansagen und hier im bayerischen Parlament, im Landtag erste konkrete Schritte. Ich hoffe deswegen auch auf eine ernsthafte Diskussion dieses Antrags. Hinter ihm steht eine berechtigte Forderung einer ganzen Region.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flisek. – Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann von der FDP.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir sind die bisherige Begleitung dieser Debatte und insbesondere der Widerstand gegen eine positive Gestaltung letztlich auch unverständlich.

Der Antrag hat zwei Teile. Der erste Teil ist ein reiner Berichtsantrag, der im Wesentlichen nach dem Gesamtkonzept der Weiterentwicklung der Hochschullandschaft im Bereich Medizin fragt und insbesondere die Staatsregierung um Informationen dazu bittet, wo die im Koalitionsvertrag vereinbarten 2.000 zusätzlichen Studienplätze entstehen sollen.

Im zweiten Teil des Antrags, um den es jetzt im Kern geht, wird gefordert, auch Niederbayern zu berücksichtigen. Ich darf an dieser Stelle insbesondere die Kollegen aus Niederbayern um entsprechende Unterstützung bitten. Die Staatsregierung soll eine Expertengruppe berufen.

Was passiert bislang? – Kollege Flisek hat es schon angesprochen: Unter Federführung der Stadt Passau arbeiten die Kommunen, arbeitet die Region an einem regionalen Konzept. Vor allem auch die Universität Passau arbeitet mit großer Kreativität und Leidenschaft an Überlegungen, wie das gehen könnte. Und was tut die Staatsregierung? – Sie wartet ab.

Gerade die Digitalisierung der Medizin und der Medizintechnik bietet breite wissenschaftliche Forschungsfelder. Stichworte wie digitale ärztliche Beratung, digitale Kommunikation und Konsultation, Auswertung von Gesundheitsdaten, Krankheitsverläufen und Medikamentenwirkungen, multidisziplinäre Verknüpfungen, digitale Diagnostik, Smart-Gesundheit, Industrie der Zukunft und die medizinische Versorgung der Zukunft insgesamt müssen Themen sein. Dabei bieten bestehende Schwerpunkte in Passau durchaus Anknüpfungschancen, etwa durch die IT-Fakultät und die juristische Fakultät.

Ein Erfolg versprechendes Konzept kann aber nicht allein in der Stadt Passau und, mit Verlaub, auch nicht allein an der Universität Passau entstehen. Ein Erfolg versprechendes Gesamtkonzept muss auch in die bayerische und die deutsche Universitätslandschaft eingefügt werden. Platte Doppelungen oder platte Konkurrenz zu bereits bestehenden Medizinischen Fakultäten sind natürlich nicht sinnvoll und auch nicht gewollt. Es geht um Themenergänzungen und Themensynergien. Das muss die Zielsetzung sein. Wenn etwas wirklich Vernünftiges und Geschlossenes entstehen soll, sind die Mitwirkung der Staatsregierung und des Wissenschaftsrats unverzichtbar – früher oder später. Wir würden es nicht verstehen und es auch bedauern, wenn sich die Mehrheit des Landtages und die Staatsregierung an dieser Stelle für eine unnötige Verzögerung entscheiden.

Die Universität Passau wird ihr Konzept bis zum Frühjahr 2020 vorlegen. Spätestens dann muss sich auch die Staatsregierung damit befassen. Klüger und schneller wäre es, die Staatsregierung würde gleich mitarbeiten, gerne auch die Federführung übernehmen und dann ein gemeinsames Werk vorlegen. Wohlgemerkt geht es nicht um Umsetzungsentscheidungen, sondern es geht zunächst um ein Konzept, um die Überprüfung, was sinnvoll, was möglich und was umsetzbar ist.

Ich darf Sie alle um Mitwirkung durch die Unterstützung dieses Antrags bitten. Bitter wäre es, wenn die Stadt Passau und die Universität Teile ihres Konzeptes noch einmal grundlegend überarbeiten müssten, weil die Staatsregierung eine andere Herangehensweise oder eine andere Schwerpunktsetzung für vorzugswürdig hielte. Das ließe sich mit einer gemeinschaftlichen Arbeit an dieser Stelle und zum jetzigen Zeitpunkt vermeiden. Deswegen: Unterstützen Sie gemeinsam – und zwar jetzt – unseren Antrag.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Muthmann. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzinger von der CSU-Fraktion.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich denke, es ist bei meinem Vorredner bereits deutlich geworden, dass dieser Antrag zunächst zwei grundsätzliche Zielrichtungen hat. Zum einen beschäftigt er sich mit der Frage, wo die im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN angekündigten 2.000 neuen Medizinstudienplätze vorgesehen sind. Zum anderen geht es um die grundsätzliche Forderung nach einer Universitätsklinik im niederbayerischen Raum.

Meine Damen und Herren, zum ersten Teil des Antrags ist aus meiner Sicht zu sagen, dass er überholt ist. Er ist deshalb überholt, weil dieses Ziel bereits erreicht ist. In Augsburg entsteht durch den Aufbau einer Hochschulmedizin im Endausbau die Zahl von 1.500 neuen Medizinstudienplätzen. Zusätzlich entsteht mit dem Medizincampus

Oberfranken in einem Kooperationsmodell zwischen der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen sowie der Universität Bayreuth in den kommenden Jahren die Zahl von 600 weiteren Studienplätzen. In der Summe bedeutet das 2.100 neue Studienplätze für Bayern. Das heißt, das Soll des Koalitionsvertrages ist damit erfüllt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Grundsatzbeschluss zur Medizinerausbildung in Niederbayern ist in dieser Form aus Sicht der CSU-Fraktion auch abzulehnen. Für den Aufbau einer Hochschulmedizin – egal, ob eigenständig oder im Kooperationsmodell – ist es zwingend notwendig, ein entsprechendes Konzept der örtlichen Wissenschaftler, aber auch der Institutionen zu haben. Neben der Krankenhausversorgung geht es dabei insbesondere auch um Aspekte der Forschung und der Lehre. Da ein solches Konzept zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorliegt – es wurde vom Kollegen der FDP für das Frühjahr 2020 angekündigt – ist zum jetzigen Zeitpunkt das Einsetzen einer Expertenkommission der Bayerischen Staatsregierung aus unserer Sicht nicht zielführend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Ankündigung der Stadt Passau, eine entsprechende Arbeitsgruppe einzusetzen, die gemäß den Aussagen meiner Vorredner bereits begonnen hat zu tagen – nach meinem Kenntnisstand allerdings unter Nichteinbeziehung der Abgeordneten der CSU –, ist aus meiner Sicht der richtige Weg. Er bildet die entsprechende Grundlage, weil in diesem Fall eine Herangehensweise von unten nach oben in einem Bottom-up-Prozess gewählt wird. Genau das ist der richtige Weg, für den sich insbesondere die Kollegen Prof. Dr. Gerhard Waschler und Walter Taubeneder eingesetzt haben.

Aktuell sind aber weder die universitären noch die krankenhaustechnischen Voraussetzungen in Passau gegeben. So hat die Universität Passau kein universitätsmedizinisch zugeschnittenes Profil. Insbesondere fehlen hier die Voraussetzungen im naturwissenschaftlichen Bereich – keine Physik, keine Chemie, keine Biologie etc.

Ebenso sind die Voraussetzungen für eine Universitätsklinik in Passau nicht erfüllt. An einem solchen Klinikum müssten alle Fachgebiete vertreten sein oder durch entsprechende Kooperationen abgedeckt werden. Die Regel für bayerische Universitätskliniken fordert 18 von 19 Fachgebieten, während das Klinikum in Passau lediglich 13 dieser Fachgebiete aufweist.

Zudem ist die Voraussetzung, dass an Hochschulkliniken die Versorgungsstufe III erreicht wird. Passau erfüllt derzeit aber nur die Versorgungsstufe II eines Krankenhauses. Zu guter Letzt sprechen auch die Größe und die Bettenzahl des Hauses nicht für das Klinikum Passau, das aktuell 620 Betten aufweist. Der Wissenschaftsrat formuliert für Universitätskliniken eine Mindestgröße von 1.100 Betten.

Aus unserer Sicht müssen damit zunächst die Hausaufgaben vor Ort gemacht werden, deren Erledigung durch den Stadtrat auf den Weg gebracht wurde. Leichter ist es meines Erachtens auch, zunächst den Vollausbau der Universitätsklinik Regensburg zu vollenden, die ebenfalls der Versorgung des ostbayerischen Raumes dient. Aus diesen Gründen lehnen wir als CSU-Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Dr. Oetzinger. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Christian Flisek von der SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Herr Kollege Oetzinger, zunächst einmal ganz kurz zur Richtigstellung, weil Sie das so auf die Parteischiene gebracht haben – die Kollegen der CSU-Fraktion seien nicht eingeladen.

(Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

Von dem Gremium, das dort jetzt tagt, wurden zur ersten Sitzung überhaupt keine Landtagskollegen eingeladen, weil das zunächst einmal politikfrei sein sollte. – Nur, um das richtigzustellen, damit hier nicht irgendwie ein Geschmäckle reinkommt, das nicht hingehört.

Sie haben die Bilanz gerade vorgerechnet – die Erfüllung der Ansagen aus dem Koalitionsvertrag, was die Studienplätze betrifft, mit dem Schwerpunkt Augsburg. Ich gönne das den Augsburgern aus vollem Herzen und denke, dass das auch dort eine gute Entwicklung nehmen wird.

Sie stellen das aber jetzt immer alles so dar, als müsste wieder erst einmal ein Konzept vor Ort erstellt werden und irgendwann, wenn man mit diesem Konzept fertig sei, könnte man doch bitte einmal an die Staatsregierung, an das Ministerium herantreten und dort bitte einen Input bekommen.

(Robert Brannekämper (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ja, das ist der Weg!)

Nach meinem Informationsstand war das in Augsburg auch nicht der Fall.

Wenn Sie hier für die Regionen Maßstäbe anlegen und gleichzeitig in Ihrer politischen Praxis, in der politischen Praxis der von der CSU-Landtagsfraktion getragenen Staatsregierung,

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Flisek, Ihre Redezeit!

Christian Flisek (SPD): gegen diese von Ihnen gewünschte Anforderung verstößen, bitte ich Sie: Messen Sie nicht mit zweierlei Maß!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Oetzinger, bitte.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Flisek, zum ersten Punkt, der Teilnahme von Abgeordneten an dem entsprechenden Ausschuss: Ich kann in dem Fall nur über den Kenntnisstand sprechen, den ich hatte. Dieser Kenntnisstand ist, dass die beiden Kollegen der CSU nicht eingeladen waren. Wenn die anderen Kollegen auch nicht eingeladen waren, nehme ich das so zur Kenntnis. Das wusste ich nicht, und das nehme ich nun so wahr.

Zur Frage des Vorgehens bei der Schaffung des Universitätsklinikums in Augsburg ist es, denke ich, für uns beide schwierig, sich zu äußern, da wir beide zu diesem Zeitpunkt dem Hohen Haus nicht angehört haben.

Die grundlegenden Voraussetzungen sind in Augsburg allerdings wesentlich anders, insbesondere was die Größe des Hauses angeht, aber auch was die Voraussetzungen angeht, die die Universität dort an sich mitbringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Lieber Herr Kollege Flisek, der Fall der Universität in Passau ist einfach anders gelagert, weil wir hier keine Volluniversität haben, sondern eine Universität, die sich insbesondere auf die Geisteswissenschaften spezialisiert hat und bei der die Naturwissenschaften nicht dargestellt und nicht abgebildet sind, was eine wesentliche Grundlage dafür wäre, dass hier auch die Voraussetzungen vorhanden sind, um eine universitätsmedizinische Ausbildung zu gewährleisten.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung vom Herrn Vizepräsidenten Wolfgang Heubisch.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Herr Kollege Oetzinger, ich erwarte von einem Abgeordneten eigentlich, dass er Visionen hat und in die Zukunft blicken kann.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie haben uns jetzt wunderbar erklärt oder verzweifelt zu erklären versucht, warum das in Passau nicht geht. Ich hätte mir eigentlich erwartet, dass Sie sagen: Ja, Passau hat eine Klinik, die wenigstens eine schwarze Null schreibt,

(Beifall bei der SPD)

Passau hat eine Klinik, die bereit ist, das zu übernehmen. Die Gespräche haben stattgefunden. Und was ist los? Was ist los in Augsburg? – Da musste der Freistaat – ich weiß das aus erster Hand – Hunderte von Millionen übernehmen, weil die Klinik dort defizitär war.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es spricht der ehemalige Wissenschaftsminister!)

Und jetzt meine Frage --

(Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der Herr Kollege Dr. Heubisch hat das Wort.

(Michael Hofmann (CSU): Der ehemalige Wissenschaftsminister!)

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Ich darf Sie bitten, mir jetzt auch zuzuhören. Ich merke an Ihren Zurufen, dass es Ihnen sehr unangenehm ist. Aber da müssen Sie jetzt durch. – Es ist ja kein Geheimnis: Der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer ist von der Stadt Augsburg eingeladen gewesen und hat dort ins Goldene Buch hineingeschrieben: "Die Uni-Klinik kommt!!!" – So war das Konzept damals. Wir haben daran gearbeitet, und nach über zehn Jahren wurde auch etwas daraus.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Heubisch, Ihre Zeit!

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Nehmen Sie doch bitte einmal die Vision mit. Wie stehen Sie dazu?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Heubisch, die Visionen, die Sie von einem Abgeordneten erwarten, erwarte ich persönlich auch von einem Wissenschaftsminister, der dieses Amt fünf Jahre lang bekleidet hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe während dieser Zeit solche Visionen auch für Passau vermisst.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

Zum Punkt, wie das in Augsburg zustande kam: Man kann auch aus der Vergangenheit lernen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Oetzinger. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Verena Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es sehr gut, wie lebhaft wir hier über die Medizinausbildung, über Visionen und andere Dinge diskutieren. Ich glaube, das müssen wir auch, um hier voranzukommen.

Wir haben im Wissenschaftsausschuss nicht erst seit dieser Legislaturperiode ausführlich über die Themen geredet. Die Unterversorgung auf dem Land ist ein großes Thema, dem wir uns stellen müssen. Wir sind aber auch in Ballungsräumen, was die medizinische Versorgung betrifft, nicht immer auf einem hohen Stand. Vor allem findet man kaum noch Ärztinnen und Ärzte, die bereit sind, wenig beliebte Hilfsangebote wie zum Beispiel Schwangerschaftsabbrüche oder Substitutionstherapien durchzuführen. Das heißt, wir haben einen Versorgungsmangel auf ganz verschiedenen Ebenen. Dem müssen wir uns stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir begrüßen natürlich ganz ausdrücklich die Intention, mehr Medizinstudienplätze zur Verfügung zu stellen. Auch da befriedigen uns die Erklärungen im Koalitionsvertrag nicht wirklich. Denn wenn wir sie zusammenzählen, waren diese 2.000 neuen Medizinstudienplätze eigentlich keine neuen Studienplätze, sondern schon lange vorher ange-

kündigt. Auch wir würden deswegen gerne einen ausführlichen Bericht haben und begrüßen diesen Teil des Antrags ganz ausdrücklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Medizinstudienplätze.

(Robert Brannekämper (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Die kriegen wir ja auch!)

Wir brauchen aber vor allem auch Medizinerinnen und Mediziner, die den Beruf dann tatsächlich ausüben möchten, vor allem auch auf dem Land. Wir glauben, dass hierzu eine wohnortnahe Ausbildung wirklich sehr hilfreich wäre.

Es ist oft von sogenannten Klebeeffekten die Rede. Junge Menschen aus der Region bleiben gerne in der Region, wenn sie dort ausgebildet werden können. Sind sie erst mal weg, kriegt man sie nicht mehr zurück. Deswegen würden wir es sehr begrüßen, wenn wir sagen könnten: In jedem Bezirk gibt es Möglichkeiten, Medizinerinnen und Mediziner auszubilden. Wir müssten aber noch darüber reden, wie diese Möglichkeiten dann beschaffen sind.

Niederbayern ist ein besonderer Fall, denn Regensburg strahlt tatsächlich weit nach Niederbayern hinein. Dennoch gibt es sicherlich viele Möglichkeiten, junge Menschen in der Region noch besser zu fördern.

Wir haben über Zulassungskriterien gesprochen. Es ist natürlich eine sehr gute Sache, wenn junge Menschen aus der Praxis jetzt mehr Möglichkeiten bekommen, ein Medizinstudium aufzunehmen. Der Staatsvertrag zur Hochschulzulassung ist da ein Weg in die richtige Richtung. Die Erhöhung des Studienplatzkontingents tut das Ihrige dazu. Wir müssen aber natürlich darüber hinaus auch schauen, was wir noch weiter tun können.

Der Antrag möchte eine Festlegung zur Gründung einer Medizinfakultät in Passau erreichen. Diesen Punkt haben wir im Wissenschaftsausschuss schon sehr kontrovers

diskutiert. Wir als GRÜNE sind darüber auch gestolpert; denn für einen Grundsatzbeschluss – das muss ich ganz ehrlich sagen – sind wir an dieser Stelle noch nicht weit genug.

Viele Dinge sprechen dagegen. Das eine ist die Finanzierung. Wir haben in der bayrischen Wissenschaftslandschaft noch mehrere Großprojekte in der Pipeline. Da gibt es die Uniklinik in Augsburg. Da gibt es gleichzeitig eine neue Technische Uni in Nürnberg. Überall und allerorten haben wir Sanierungsstau. Wir haben auch andere Hochschulen, die Mühe haben, ihr bestehendes Angebot zu sichern. Über diese Dinge müssen wir reden, bevor wir sagen: Wir machen jetzt mal einen Beschluss über ein neues Großprojekt und treiben das voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichtsdestoweniger – ich habe mir das sehr ausführlich versichern lassen – ist der Antrag offensichtlich als Prüfantrag geplant gewesen. Auch wenn er, wie man durchaus sagen kann, an der einen oder anderen Stelle etwas missverständlich formuliert ist, haben wir uns entschlossen, diesen Prüfantrag zu unterstützen, denn es gibt viele Möglichkeiten, hier voranzukommen.

Auch das Thema Kooperationsmöglichkeiten wurde hier genannt. Das sollte man nicht außer Acht lassen. Es gibt in Bayreuth den Medizincampus. Das ist auch ein Weg: eine bestehende Uni einsteigen lassen. Wir haben in Nürnberg ein ganz interessantes Projekt, bei dem das städtische Klinikum mit einer Uni in Salzburg kooperiert und Medizinerinnen und Mediziner ausbildet. Das wurde am Anfang ganz stark kritisiert, weil gesagt wurde: Was ist denn das für ein Konstrukt? – Es funktioniert. Mittlerweile finden es alle gut. Das heißt, es gibt viele Möglichkeiten, unterhalb einer Fakultät, einer Uniklinik anzusetzen.

Wir haben ausführlich gehört, warum die Klinik Passau im Moment die Voraussetzungen für eine Uniklinik nicht erfüllt. Das betrifft die Versorgungsstufe und noch einige andere Dinge. Dem muss man ins Auge sehen. Auch das Fehlen von Naturwissen-

schaften an der Uni Passau ist ein Faktor. Nichtsdestoweniger könnte man Medizininformatik und -digitalisierung auch unabhängig davon vorantreiben.

Wir würden uns deswegen etwas mehr Mut wünschen, Konzepte dafür zu erstellen und Passau und die Region auch mit einer Expertengruppe zu unterstützen. Ob das jetzt ist oder Anfang 2020 – das sei an dieser Stelle einmal dahingestellt. Deswegen unterstützen wir trotz aller Bedenken diesen Antrag. Denn wir wissen, solche Projekte – so war es auch in Augsburg – sind keine Sache von fünf oder zehn, sondern von dreißig Jahren. Wir werden da kurz- und mittelfristig sicherlich keine Medizinfakultät und keine Uniklinik kriegen. Aber wir sollten uns allem, was darunter möglich wäre, nicht verschließen.

Wir unterstützen deswegen ganz ausdrücklich die vielen Abgeordneten aus der Region, die darum kämpfen, dass hier etwas vorangeht. Wir würden uns auch wünschen, dass der Bayerische Landtag insgesamt, der Wissenschaftsausschuss und die Staatsregierung hier auch vorangehen. Deswegen: Unterstützung für den Antrag. Wir werden das Thema weiterhin konstruktiv, aber auch kritisch begleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Osgyan. – Das Wort hat Frau Kollegin Kerstin Radler von den FREIEN WÄHLERN.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen noch an den Einstieg meiner letzten Rede zum Kulturhaushalt und zur bayerischen Kulturförderung. Da war das Stichwort "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land in allen Teilen Bayerns für alle Menschen in Bayern". Das gilt nicht minder für das heutige Thema: die Sicherung der medizinischen Versorgung und der Medizinerbildung in ganz Bayern. Ich bin insofern ganz bei meinen Vorrednern, insbesondere den Antragstellern.

Ich hege auch für den Antrag von SPD und FDP Sympathien. Ich hatte das bereits in den Ausschussberatungen betont, denn selbstverständlich ist ein Mehr an Studienplätzen, ein Mehr an künftigen Medizinern und eine weitere Medizinische Fakultät in Bayern attraktiv und wünschenswert. Wer würde hier schon Nein sagen? – Hier stimmen wir sicherlich alle zu.

(Christian Flisek (SPD): Sehr gut! Wann kommt das "Aber"?)

– Genau, Herr Kollege Flisek. Sie haben es richtig erkannt.

Was will der Antrag in Punkt 2? Welche Konsequenzen würde er nach sich ziehen? – Wir haben das im Ausschuss bereits ausführlich diskutiert. Ich beschränke mich deshalb auf zwei wesentliche Punkte, die uns FREIE WÄHLER bewogen haben, dem Antrag nicht näherzutreten.

Zum einen: Im Antrag – ich rede momentan immer von dem zweiten Teil des Antrags – wird ein Grundsatzbeschluss gefordert, ohne dass überhaupt ein entsprechendes Konzept vorliegt. Das widerspricht der Hochschulautonomie und beschränkt die verantwortlichen Entscheidungsträger vor Ort in ihrer Meinungsbildung. Eine Vorfestlegung vonseiten des Parlaments bzw. der Staatsregierung über deren Köpfe hinweg sehen wir daher als äußerst kritisch an und möchten wir daher auch nicht mittragen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist ja sehr fürsorglich!)

Ich möchte aber auch betonen, dass das Engagement und das Bestreben der Schlüsselfakteure vor Ort von uns sehr begrüßt wird. Nach dem, was ich mitbekommen habe, ist da in der letzten Zeit einiges passiert. Bei der Erarbeitung des Konzeptes werden Fortschritte gemacht.

Zweitens möchte ich ein Argument herausgreifen, das der Kollege Faltermeier im Ausschuss ausgeführt hat. Ich denke, dass wir hier zu sehr in den Grenzen der Regierungsbezirke denken. Die Kollegin Osgyan hat es vorhin gesagt: Regensburg hat Strahlkraft natürlich auch nach Niederbayern hinein. Es ist für mich als Oberpfälzerin

und als Regensburgerin insofern schwierig hier zu argumentieren, als ich die Bedürfnisse des Bezirks Niederbayern verstehe und hier in einer sehr kommoden Situation bin. Das gebe ich durchaus zu. Aber ich denke, dass es gilt, bei diesen Entscheidungen genau zu prüfen, welche Bedarfe vorhanden sind, wo Schwerpunkte gesetzt werden müssten und wie finanzielle Mittel eingesetzt werden können, damit möglichst viele Menschen von einem flächenwirksamen Studienangebot und einer hochwertigen medizinischen Versorgung in ganz Bayern profitieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dass die Abgeordneten, aber auch die Verantwortlichen im Ministerium bereit sind, unterstützend tätig zu werden, wurde bereits mehrfach deutlich gemacht. Dies gilt jedoch zu gegebener Zeit, und nicht vorschnell, ohne das vorliegende Konzept umzusetzen. Ich danke in diesem Zusammenhang auch den Schlüsselakteuren vor Ort, die hier sehr stark mitwirken. Wir haben im Ausschuss darüber gesprochen, dass hier insbesondere das Ministerium gerne unterstützend vor Ort tätig werden möchte.

Zum Schluss möchte ich aber betonen, dass wir – das ist bedeutend für den ersten Teil des Antrags – uns im Koalitionsvertrag für mehr Studienplätze eingesetzt haben. Der Kollege Oetzinger hat schon Ausführungen dahin gehend gemacht, dass diese 2.000 Plätze mit 1.500 zusätzlichen Plätzen in Augsburg und dem Medizincampus in Oberfranken mit 600 Plätzen realisiert werden. Das heißt, dieser Teil des Antrags wäre unseres Erachtens bereits erledigt, der Antrag also überholt. Insofern müssen wir diesen Antrag leider ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Radler. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ärztemangel ist ein Märchen; denn es gibt so viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte wie nie zuvor. – Diesem Trugschluss unterliegt aktuell Andrew Ullmann, Obmann im Gesundheitsausschuss des Bundestags für – Sie glauben es nicht – die FDP-Fraktion, Abgeordneter aus Bayern. Ich nehme an, es ist die gleiche FDP, die hier gemeinsam mit der SPD den vorliegenden Antrag einbringt. Gleichzeitig seien aus demografischen Gründen Ärzte aus dem Ausland erforderlich, behauptet Stefan Förster im Berliner Abgeordnetenhaus ebenfalls für die FDP und will daher mehr ausländische Mediziner anwerben, obwohl die Durchfallquote bei den Sprach- und Medizinprüfungen je nach Jahrgang und je nach Bundesland bei bis zu 50 % liegt. Ich nehme an, das ist auch die gleiche FDP, die hier gemeinsam mit der SPD den vorliegenden Antrag einbringt.

Richtig ist es natürlich, die Zahl der Medizinstudienplätze deutlich zu erhöhen, weil der Ärztemangel real ist und sich aus demografischen Gründen sogar noch verschlimmern wird und weil jedenfalls wir von der AfD-Fraktion den Schwerpunkt auf die Ausbildung eigener qualifizierter Fachkräfte statt auf Anwerbung aus dem Ausland legen wollen. Es macht daher grundsätzlich durchaus Sinn, ein Medizinstudium in allen bayerischen Regierungsbezirken zu ermöglichen. Dies ist nicht nur eine Frage der strukturpolitischen Gerechtigkeit, sondern kann auch dazu führen, dass weniger junge Mediziner in größere Städte wie München oder Erlangen abwandern oder gar auswandern, sondern ihrer Heimat treu bleiben und genau dort tätig werden, wo wir den Ärztemangel haben, nämlich im ländlichen Bereich, hier konkret in Niederbayern, wo ebenfalls ein gravierender Ärztemangel droht.

Für viele Fachrichtungen gibt es bereits seit einigen Jahren Fakultäten in jedem bayrischen Regierungsbezirk. Die Medizin hat hier noch Nachholbedarf. Zwar bekommen Schwaben und Oberfranken demnächst eigene Medizinische Fakultäten. Niederbayern aber wird von der Staatsregierung vernachlässigt. Mit der Möglichkeit eines Medizinstudiums in Niederbayern bekämen junge Menschen, die durch eine weite Anreise

zu einer Universitätsstadt von einem Studium möglicherweise sogar abgehalten werden, die Chance, wohnortnah und gegebenenfalls günstiger zu studieren. Diese Nähe einer Universität zum Wohnort ist auch etwas sehr Modernes, ist ein modernes Konzept; denn es würde einen wichtigen Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Studium, Familiengründung und Kindererziehung leisten.

Ich möchte noch einmal hervorheben – es wurde bereits erwähnt: Beim vorliegenden Antrag geht es nicht einfach um ein Ja oder Nein, um eine Entscheidung für eine Uni-klinik und eine Medizinische Fakultät Passau, sondern es geht vielmehr um die Einsetzung einer Expertengruppe, die die Voraussetzungen für die Errichtung einer Medizinischen Fakultät an der Universität in Passau und eines Universitätsklinikums gegebenenfalls auch in Kooperation mit anderen Standorten in organisatorischer, räumlicher und finanzieller Hinsicht erarbeiten soll. Herr Dr. Oetzinger, liebe CSU und auch FREIE WÄHLER: Schauen Sie, dieser Gedanke der Kooperation mit anderen Standorten ist sehr wichtig. Es kann ja sein, dass Passau momentan nicht alle Voraussetzungen erfüllt. Aber eine Kooperation mit anderen Standorten ist doch ein geeigneter Weg, hier zumindest die Expertenkommission einzusetzen und das zu prüfen. Unseres Erachtens ist der Antrag ausgewogen. Er ist gut durchdacht und zeugt von gesundem Menschenverstand. Herr Kollege Heubisch, ich denke, da ist auch Ihre Handschrift mit drin. Er könnte daher durchaus auch von der AfD sein.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Deshalb stimmen wir als AfD dem Antrag sehr gern zu. Wir sind die Partei der Vernunft.

(Zurufe und Lachen)

– Ja, sind wir.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Was gibt's denn da so blöd zu lachen? – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Es wäre besser, die AfD wäre wohnortnah!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Singer hat das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Es ist aber nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. In weiteren Schritten sollten die Arbeitsbedingungen für Ärzte verbessert werden, um eine Abwanderung ins Ausland zu verhindern, und – ein letzter Gedanke – die freiberufliche Berufsausübung durch den Abbau der unnötigen Bürokratie wieder attraktiver gestaltet werden.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Singer. – Das Wort hat Herr Staatsminister Bernd Sibler.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Es ist für einen Staatsminister, der aus Niederbayern kommt, natürlich eine schwierige Situation, weil schon aus Regionalproportz erwartet wird, dass man entsprechend unterwegs ist. Deshalb will ich deutlich sagen: Ich möchte zusammen mit den niederbayerischen Kollegen natürlich eine Verbesserung der universitärmmedizinischen Ausbildung erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Allerdings gilt es eben auch, das klug und zum richtigen Zeitpunkt zu machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, es ist erst mal wichtig, auf ein paar Missverständnisse hinzuweisen. Erstens. Der Wissenschaftsrat erstellt keine Konzepte.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

– Das ist aber mehrfach gesagt worden, Herr Kollege Flisek. Der Wissenschaftsrat beurteilt Konzepte, und zwar Konzepte, die vorliegen. Hier ist noch nichts da, was der Wissenschaftsrat beurteilen könnte, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Punkt. Der Freistaat Bayern baut als eines von ganz wenigen Bundesländern Studienplätze aus, 2.100 Studienplätze für die nächsten Jahre. Zum Wintersemester geht es los, erst in Augsburg, dann mit der Ausweitung der Uni Erlangen in Oberfranken. Vorklinische und klinische Phase. 2.100 Studienplätze. Damit ist die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag entsprechend abgearbeitet, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gilt also in der jetzigen Phase, die Voraussetzungen zu schaffen. Dass die in Passau momentan weder an der Universität noch an der Klinik gegeben sind, ist mehr als deutlich geworden. Die Universität hat kaum naturwissenschaftliche Studiengänge. Sie ist stark in der Informatik, was sicher ein guter Anknüpfungspunkt ist. Aber die Voraussetzungen in den Naturwissenschaften fehlen fast zur Gänze. Das muss man mit langem Atem Schritt für Schritt weiterentwickeln. Ähnlich ist es beim Klinikum, meine sehr geehrten Damen und Herren. Anders als Augsburg – Versorgungsstufe III – ist Passau Versorgungsstufe II, also deutlich darunter. Passau hat 620 Betten statt der geforderten 1.100 Betten, und es fehlen eine ganze Reihe von Fachrichtungen. Hier müssen Hausaufgaben abgearbeitet werden.

Es müssen drei "Ks" abgearbeitet werden: Erstens, das Allerwichtigste, die Erstellung eines Konzeptes. Dieses ist wie in Augsburg von der Uni und vom Klinikum zu erstel-

len. Das läuft parallel zu dem, was in den letzten Jahren in Augsburg in Schwaben ge- laufen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle der Hinweis: Selbstverständlich hat mein Haus auf Anfrage der Stadt Passau immer signalisiert, dass wir unterstützen, konkrete Fragestellungen abarbeiten und vor Ort präsent sein werden. Von daher verstehe ich die Kritik überhaupt nicht. Mit dem letzten Schreiben wollte die Stadt Passau, die dankenswerterweise die Arbeitsgruppe eingesetzt hat, Informationen zu den Konzepten in Augsburg und Bayreuth erhalten. Selbstverständlich bekommt die Stadt Passau diese Informationen. Das ist gar keine Frage.

Zweitens brauchen wir die Kommunen. Die Stadt Passau hat schon ein gutes Stück Verantwortung übernommen und diese Arbeitsgruppe eingesetzt. Es geht jedoch um eine Stadt, in der nur begrenzt Platz vorhanden ist. Was haben wir uns in Passau geschunden, um die Erweiterung am Spitzberg hinzubekommen. Jetzt haben wir einen ganz anderen Flächenbedarf. Da dort mehr Studierende unterwegs sein werden, brauchen wir auch mehr Wohnungen. Diese Punkte müssen konzeptionell abgearbeitet werden. Das ist das zweite "K".

Der dritte Punkt ist die Kooperation. Natürlich kann dieses Konzept nicht allein in Passau erstellt werden aufgrund der Voraussetzungen, die die Klinik nicht erfüllt. Und – so ehrlich muss man sein – nicht jeder in Niederbayern ist abschließend begeistert, wenn ein Konzept kommt, weil das für die kleineren Häuser sowohl im Landkreis Passau als auch in den umliegenden Landkreisen Bedeutung hat. Deshalb geht es nur in Kooperation und in einer klugen Abgestimmtheit aufeinander. Diese Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Die Voraussetzungen für einen Grundsatzbeschluss für eine niederbayerische Universitätsklinik, von dem heute alle sprechen, sind hier und heute schlicht und ergreifend nicht ansatzweise erfüllt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Immer wieder höre ich die Frage: Was soll eigentlich geleistet werden? – Heute bin ich oft auf den Ausbau von Studienplatzkapazitäten angesprochen worden. Noch einmal deutlich formuliert: Der Freistaat Bayern ist an dieser Stelle vorbildlich. Anders als viele andere Bundesländer bauen wir ganz massiv aus. Dann stellt sich immer wieder die Frage: Was ist eigentlich Forschung? – Dann hört man immer wieder: Es reicht doch eigentlich, wenn man entsprechende Ausbildungsplätze für Mediziner auf den Weg bringt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der demografischen Entwicklung ist dieser Wunsch nachvollziehbar. Diese Klebeeffekte sind nicht wegzudiskutieren.

Deshalb gibt es zwei Maßnahmen. Erstens hat der Bezirkstag von Niederbayern ein kluges Programm, wenn auch ein kleines, auf den Weg gebracht, um mit solchen privaten Strukturen zunächst einmal 20 Studienplätze in Niederbayern für Medizinstudenten auf den Weg zu bringen. Das ist zwar ein kleiner, aber immerhin ein Ansatz. Und wenn gerade von den GRÜNEN die Nürnberger und Salzburger Konzepte so gelobt werden, sei an dieser Stelle der Zusatz erlaubt: Dort werden pro Jahr Studiengebühren in Höhe von 15.000 Euro erhoben. Was haben wir in diesem Haus in den letzten Legislaturperioden immer wieder über die Gerechtigkeit bei der Verteilung von Studienplätzen gesprochen. Was haben wir über Studiengebühren gesprochen. Plötzlich heißt es, dies sei ein probater Weg. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich verstehe die Welt nicht mehr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte darauf hinweisen, dass mein Haus zusammen mit meiner Kollegin Huml gerade dabei ist, einen Gesetzentwurf für die Landarztquote auf den Weg zu bringen. Wenn auf der parlamentarischen Ebene alles gut geht, wollen wir diese ab dem Wintersemester 2020 einführen. Wir wollen eine entsprechende Vorabquote sicherstellen, damit wir junge Menschen dazu bewegen können, als Landärzte im ländlichen Raum zu arbeiten. Das ist ein ganz wichtiger Meilenstein für die Entwicklung des ländlichen

Raums. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird in dieser Legislaturperiode herausragend wichtig sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das rundet ab, was wir bei der Zulassung zum Medizinstudium und beim Staatsvertrag, den wir gerade im Hause diskutieren, auf den Weg gebracht haben. Auf der einen Seite wollen wir die Abiturbestenquote ausweiten, um das sehr gute bayerische Abitur weiter zur Geltung bringen zu können, zumal wir mit dieser Landeskinderquote unseren bayerischen Bewerberinnen und Bewerbern helfen können. Auf der anderen Seite definieren wir viele Kriterien; bei 10 % der Plätze spielt die Note überhaupt keine Rolle. Junge Menschen, die aus Leidenschaft Mediziner werden wollen, können wir stärker einbinden. Wir sind bei den Beratungen auf einem guten Weg und können insgesamt ein sehr rundes Programm anbieten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend möchte ich sagen, dass hier nichts politikfrei ist, Kollege Flisek. Es ist fast naiv zu behaupten, dass hier politikfreie Entscheidungen und Diskussionen laufen. Das war das Stichwort für die Arbeitsgruppe in der Stadt Passau. Natürlich ist ein ganz erhebliches politisches Kalkül damit verbunden. Das wissen wir auch alle. Deshalb will ich deutlich machen, dass wir auf lange Sicht eine vernünftige Entwicklung sicherstellen wollen. Jetzt ist schlicht der falsche Zeitpunkt. So geht es nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind noch viele Hausaufgaben zu machen. Dafür biete ich die Hilfe meines Hauses ausdrücklich an, wie ich es bereits ausgeführt habe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Diese erfolgt auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen der SPD und der FDP in namentlicher Form. Der federführende Ausschuss für Wis-

senschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Sie kennen das Prozedere. Die Urnen stehen bereit. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20:26 bis 20:31 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und später bekannt gegeben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

Zum Tagesordnungspunkt 6 hat Herr Kollege Prof. Waschler von der CSU-Fraktion nach § 133 Absatz 2 der Geschäftsordnung eine persönliche Erklärung zur Abstimmung angekündigt. Herr Prof. Waschler, Ihnen stehen dafür fünf Minuten zur Verfügung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. Herr Prof. Waschler, bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe diese persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten auch im Namen der Kollegen Walter Taubeneder und Manfred Eibl ab. Zu dem vorliegenden Antrag, der vorhin beraten wurde, stelle ich fest: Die Weiterentwicklung der Universität Passau ist uns nachweislich seit Jahrzehnten ein wichtiges Anliegen, nicht erst seit wenigen Wochen, wie das wohl bei den Antragstellern der Fall ist.

Die Errichtung einer Medizinischen Fakultät und/oder eines Universitätsklinikums ist eine oft über Jahrzehnte angelegte riesige Maßnahme, die auch im örtlichen Umfeld gründlichste Planung zu Gebäuden, Wohnraum, Infrastruktur sowie Verkehrsinfrastruktur erfordert. Gemeinsam mit Herrn Kollegen Taubeneder werden schon seit Monaten Expertengespräche geführt und Besichtigungen bei einschlägigen medizinischen Einrichtungen, aber auch an Orten gemacht, wo die Durchführung eines solchen Vorhabens schon gelungen ist oder es sich im Aufbau befindet. Herr Kollege Eibl hat das entsprechend flankiert.

Tatsache ist: Die Stadt Passau stöhnt im zwölften Jahr einer kommunalen SPD-Regierung jeden Tag unter riesigen Verkehrsproblemen. Wohnraum ist knapp. Dort liegen wichtige, bisher ungelöste örtliche Hausaufgaben. Der konkrete, realisierbare und verträgliche Bau einer großen medizinischen Einrichtung muss unter anderem auch alle medizinischen Strukturen der Region Passau und des gesamten niederbayerischen Raumes verträglich einbeziehen. Der vorliegende Antrag von SPD und FDP ist ein Schnellschuss und eindeutig eine Schaufensteraktion. Er geht weit am Ziel vorbei. Fazit: Die Passauer CSU-Abgeordneten und Herr Kollege Eibl haben sich deshalb der Stimme enthalten, da der Weg des Antrags ungeeignet ist;

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

das Ziel wird aber grundsätzlich geteilt.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Waschler. – Ich gebe zwischenzeitlich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zur Steigerwaldbahn bekannt. Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblauch und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Steigerwaldbahn: Keine Freistellung und kein Verkauf vor Analyse einer BEG-Studie zur Reaktivierung", Drucksache 18/2349: Mit Ja haben 73 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt, Stimmennthalungen: 2. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Inge Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Bahnstrecken retten, nicht auflösen – Moratorium für geplanten Verkauf der Steigerwaldbahn und anderer reaktivierbarer Bahnstrecken erlassen", Drucksache 18/2378: Mit Ja haben 53 ge-

stimmt, mit Nein haben 101 gestimmt, Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 6 werden wir später bekannt geben, wenn die Auszählung vollzogen ist.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: An dieser Stelle gebe ich das Abstimmungsergebnis zum Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Klaus Adelt und anderer und Fraktion (SPD) sowie der Abgeordneten Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Hagen und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Gesamtbayerisches Medizinerkonzept – Studium in allen Regierungsbezirken ermöglichen" auf Drucksache 18/25 bekannt. Mit Ja haben 73 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 89 Abgeordnete gestimmt. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2019 zu Tagesordnungspunkt 6: Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Klaus Adelt u. a. und Fraktion SPD, Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Hagen u. a. und Fraktion FDP; Gesamtbayerisches Medizinerkonzept - Studium in allen Regierungsbezirken ermöglichen (Drucksache 18/25)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Awanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülsener	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard	X		
Eibl Manfred		X	
Dr. Elling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias			
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Toman Anna			
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	73	89	4